

Sieg der Oppositionskräfte in der Moldau

Koalitionsregierung ohne Kommunisten am Horizont

Bei den Parlamentswahlen in der Republik Moldau haben die bisher regierenden Kommunisten zwar fast die Hälfte der Stimmen erzielt, doch den vier Oppositionsparteien reicht bei der Verständigung auf eine Koalition ihre dünne Mehrheit zur Regierungsbildung. Zur Wahl eines Präsidenten sind sie aus eigener Kraft aber nicht in der Lage.

ruh. Prag, 30. Juli

Bei den Wahlen in das moldauische Parlament vom Mittwoch haben die bisher regierenden Kommunisten nach vorläufigen Ergebnissen 45 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Sie ziehen damit als weitaus stärkste Partei in die 101 Sitze zählende Abgeordnetenkammer ein, in der sie 48 Mandate besetzen dürften. Auf dem zweiten Platz landeten die Liberaldemokraten (16 Prozent), es folgten die Liberalen (14 Prozent), die neu im Parlament vertretene Demokratische Partei (13 Prozent) und die Allianz Unsere Moldau (7 Prozent). Zusammen kommen diese Parteien auf 53 Mandate, was ihnen ermöglicht, eine Regierung zu bilden und die Kommunisten in die Opposition abzudrängen. Ihre Führer haben noch in der Nacht auf den Donnerstag bekräftigt, zusammenarbeiten zu wollen.

Graduelle Veränderung, grosse Wirkung

Die Wahlen vom Mittwoch waren nötig geworden, weil das Parlament, das aus dem Urnengang von Anfang April hervorgegangen war, es wiederholt nicht geschafft hatte, einen Präsidenten zu wählen. Dafür sind 61 Stimmen nötig. Die Kommunisten, die im April 50 Prozent der Stimmen erhalten hatten, schienen damals zunächst zwar aufs Haar die notwendigen Stimmen im Parla-

ment für uneingeschränktes Regieren erreicht zu haben, doch nach mehrtägigen Volksprotesten in der Hauptstadt Chisinau und Verdacht auf Wahlmanipulationen ergab eine Überprüfung, dass sie nur Anspruch auf 60 Sitze hatten. Vielleicht hatte die Partei unter Staatspräsident Woronin, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte und sich deshalb ins Amt des Parlamentschefs hieven liess, gehofft, die Gemüter mit einer kosmetischen Korrektur beruhigen zu können, und darauf spekuliert, dass man die eine notwendige Stimme aus den Reihen der Opposition für die Wahl eines Präsidenten schon irgendwie gewinnen würde.

Die Gegner der Kommunisten zeigten sich jedoch fest, und es gelang ihnen, dadurch Neuwahlen zu erzwingen. Dafür hatte die KP einen folgenschweren Abgang zu verzeichnen: Marian Lupu, den bisherigen Parlamentspräsidenten, der von Woronin in der von ihm orchestrierten Amtsträger-Rochade für die Position des Ministerpräsidenten auserwählt worden war. Lupu schloss sich der Demokratischen Partei an, die bis anhin ein Mauerblümchendasein gefristet hatte, wurde zu ihrem Vorsitzenden gewählt und verhalf ihr mit seinem Bekanntheitsgrad zum Einzug ins Parlament. Damit veränderten sich auf entscheidende Weise die Kräfteverhältnisse, auch wenn die Resultate der übrigen parlamentarischen Parteien relativ nahe bei denjenigen der April-Wahlen liegen. Es handelt sich um eine graduelle Kräfteverschiebung und nicht einen politischen Erdbeben, auch wenn für die Kommunisten nach acht Jahren praktisch uneingeschränkter Herrschaft die Folgen eines Machtwechsels einem solchen gleichkommen.

Hürden auf dem Weg nach vorn

Im April hatte bei Demonstrationen eine überwiegend junge, städtische und aufgeklärte Bevölkerungsschicht den Machthabern gezeigt, dass man sich nicht mehr alles bieten lassen wolle. Dass knapp vier Monate später eine Veränderung an der Urne und nicht auf der Strasse herbeigeführt werden konnte, ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Die Stimmbeteiligung lag dabei mit 58 Prozent noch leicht höher als im April. Ausländische Beobachter stellten zwar einige Unregelmäßigkeiten vor und während der Wahlen fest, diese hätten angesichts der hohen Beteiligung aber wenig Einfluss auf das Gesamtergebnis gehabt.

Noch ist für die Opposition jedoch ausser den Wahlen wenig gewonnen. Damit die politische Entwicklung nicht wieder im Patt endet, muss sich das neue Parlament auf einen Präsidenten verständigen. Die Kommunisten verfügen dabei über eine Sperrminorität; an ihnen führt deshalb kein Weg vorbei, wenn das Land nicht abermals nach einem Misserfolg auf Neuwahlen zusteuern soll. Auch zeigen Erfahrungen aus anderen ostmitteleuropäischen Ländern, dass Koalitionen des Typs «alle gegen die Kommunisten» zwar Machtwechsel herbeizuführen in der Lage sind, deutlich weniger oft aber später auch produktiv zusammenzuarbeiten verstehen.

